

Die "Zeitung" erscheint morgens und nachmittags, Sonntags und Montags...

Die achtspaltige Annoncenzeile über deren Raum kostet 5.- M. einschließlich...

STREIF

Berliner Organ

Der Unabhängigen Sozialdemokratie Deutschlands

Zustimmung zu Hardings Einladung

Die Abrüstungskonferenz

Washington, 14. Juli.

Die Antworten der englischen und der italienischen Regierung auf die Einladung zur Konferenz sind hier eingetroffen.

New York, 14. Juli.

Der japanische Korrespondent der "New York Times" teilt mit, die japanische Regierung habe die Einladung zur Konferenz angenommen.

Die Britische Reichskonferenz zur Abrüstungsbesprechung

London, 14. Juli.

"Times" meldet, daß in der gestrigen Sitzung der Britischen Reichskonferenz die Frage der Vertretung der englischen Regierung und der Regierungen der Dominions auf der Washingtoner Konferenz unformell erörtert wurde.

Keine Verzögerung der Friedensverhandlungen mit Deutschland

London, 14. Juli.

Ein hier eingetroffenes Telegramm aus Washington besagt, daß Präsident Harding in einer an den Kongreß gerichteten Erklärung zu verstehen gab, daß die Abrüstungskonferenz in keiner Weise einen Ausschub der Verhandlungen zwischen den Vereinigten Staaten und Deutschland bewirken werde.

Sachverständige für Oberschlesien

Paris, 14. Juli.

Wie dem "Matin" aus London gemeldet wird, soll das Foreign Office gestern den englischen Botschafter in Paris, Lord Hardinge, angewiesen haben, der französischen Regierung mitzuteilen, daß die englische Regierung eubdglig den Vorschlag einer Sachverständigenkommission nach Oberschlesien zur Festlegung der deutsch-polnischen Grenzlinie zu unterstützen, annimmt.

Wenn die Konferenz des Obersten Rates stattfinden wird, ist noch immer nicht bestimmt. Gestern hat der Pariser Korrespondent des "Daily Express" gemeldet, Frankreich wünsche, der Oberste Rat möge am 25. Juli zusammentreten.

Im besetzten Gebiet

Verhaftung eines Redakteurs

Düsseldorf, 14. Juli.

Der Chefredakteur der "Düsseldorfer Zeitung", Paul Muehl, ist von der französischen Besatzungsbehörde zu vier Tagen Gefängnis verurteilt worden.

Die Leipziger Prozesse

Englands Haltung noch unbestimmt

Paris, 13. Juli.

Wie Havas aus London berichtet, fragte ein Abgeordneter im Unterhaus den Staatssekretär des Auswärtigen, ob er in der Lage sei, jetzt das Haus zu verständigen, ob die französische Regierung ihre Vertreter in Leipzig wegen der Urteile gegen die Kriegsverbrecher abberufen habe.

sehen, daß diese Kriegsverbrecher vor einem alliierten Gericht abgeurteilt werden? Harmsworth sagte, daß er auf diese Frage nicht antworten könne, bevor er Instruktionen erhalten habe.

Der Kemalistische Krieg

Paris, 12. Juli.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel sandte der Befehlshaber der nationalistischen Truppen in Ismid der Pforte eine Note zur Übermittlung an die Alliierten, in der es heißt, er werde sich genötigt sehen, die Konstantinopeler neutrale Zone nicht länger zu respektieren, wenn die Griechen fortfahren, Konstantinopel als Stützpunkt zu benutzen.

Ferner wird aus Konstantinopel gemeldet, daß nun doch in nächster Zukunft eine Zusammenkunft zwischen Mustafa Kemal und General Harrington, dem englischen Befehlshaber arrangiert werden wird.

Die Wiedergutmachung

Ueber das Ergebnis der Pariser Verhandlungen der Sachverständigen wird noch folgendes berichtet:

Zwei Arten von Fragen waren zu lösen: Die eine bezog sich auf den Mechanismus der Reparationen, die andere auf den Handelsverkehr zwischen Frankreich und Deutschland.

Bei der Zusammenkunft zwischen Loucheur und Rathenau in Wiesbaden nahm man wahr, daß die Angelegenheit der Ratifikation eine ernsthafte Regelung erfahren müsse.

Dieses System war bereits auf der Brüsseler Konferenz in Aussicht genommen worden, da es den Einfluß des Staates auf ein Mindestmaß verringert und gestattet, daß sich der Mechanismus der Reparationen im allgemeinen mehr den im Handelsverkehr üblichen Gebräuchen anpaßt.

Deshalb hat man beschloffen, an die Stelle dieses Zustandes ein dauerndes und vernünftiges Regime zu setzen. Die Kontrolle der Einfuhrerlaubnis, die im Rheinland gegenwärtig in den Händen der Interalliierten Kommission liegt, würde nunmehr in Verbindung mit der deutschen Regierung durchgeführt werden, wodurch das Loch im Westen geschlossen würde.

Unsere Tätigkeit im Interesse der Erwerbslosen

Von Robert Dikmann

Das Arbeitslosenproblem steht seit Jahresfrist erneut im Vordergrund der sozialen und wirtschaftlichen Fragen. Nicht nur um eine finanzielle Unterstützungsangelegenheit handelt es sich.

Von diesen Gesichtspunkten sich leiten lassend, trat die Reichstagsfraktion der U. S. P. D. nach den letzten Reichstagswahlen an ihre Aufgaben heran. Nach dem Zusammentritt des Reichstages reichten wir sofort einen entsprechenden Initiativantrag im Reichstage ein.

Die Beseitigung kapitalistischer Herrschaft und die Herbeiführung der sozialistischen Produktions- und Bedarfswirtschaft ist das von uns mit allen Mitteln zu erlösende Ziel. Solange dieses Ziel jedoch nicht erreicht ist, haben wir die Pflicht, für eine Vinderung des Elends der von Arbeitslosigkeit Betroffenen alles zu tun.

Es folgten die Beratungen im volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstags. Wir haben auf eine gründliche Behandlung der Arbeitslosenfrage gedrängt. Sie war doppelt notwendig nach der damals abgegebenen Erklärung der Regierung, sie könne einer Erhöhung der Unterstützungssätze für die Arbeitslosen nicht zustimmen.

Die Beschlußfassung über unsere gestellten Anträge, deren Ablehnung nach der gegebenen Regierungserklärung damals sicher war, mußte nun zurückgestellt werden, bis die in dem Antrag geforderte Berichterstattung der Regierung erfolgt war.

Als dann die Berichte eingegangen waren, setzten unsere Genossen ihre ganze Kraft und Sachkenntnis ein, um alles nur irgend mögliche herauszuholen. Was letzten Endes dabei herausgekommen, entspricht keineswegs unsern Forderungen. Unsere Macht, sie durchzusehen, reichte nicht aus.

Waffen suchte. Ausgerechnet dieselbe kommunistische Fraktion unternahm dieses Manöver, deren Vertreter im volkswirtschaftlichen Ausschuss

1. bei den meisten Beratungen über die Erwerbslosenfrage überhaupt nicht anwesend waren,

2. nach dem Regierungsbericht über die Wirtschaftslage und den folgenden Beratungen nicht einmal das Wort genommen hatten,

3. bei der Abstimmung über die Anträge für die Erwerbslosen, selbst bei der Abstimmung über ihre eigenen Anträge, durch Abwesenheit glänzten,

4. durch ihr Fehlen bei der Abstimmung die Ablehnung zweier wichtiger Anträge verschuldeten und zwar die Anträge, daß

a) bei Streitigkeiten zwischen kartellierten Unternehmern und Abnehmern (in der Regel den Warenpreis resp. den Profit angehend) diese Interessenten den Arbeitern den Lohnausfall zu ersetzen haben, wenn letztere dadurch arbeitslos werden;

b) daß die Regierung beauftragt wird, zu prüfen, wie durch Geleß die Löhne und Gehälter der Arbeitnehmer nach der mit Sicherheit zu erwartenden Teuerung entsprechende Aufbesserung erfahren können.

Diese Anträge wurden mit Stimmengleichheit resp. mit einer Stimme Mehrheit im volkswirtschaftlichen Ausschuss abgelehnt. Selbstverständlich wurde diesen kommunistischen „Leistungen“ im Plenum des Reichstags die ihnen gebührende Abfuhr zuteil.

Die angenommene Vorlage des 5. Ausschusses enthält fünf Abschnitte: 1. Planmäßige Umschichtung der Bevölkerung, 2. Arbeitsbeschaffung, 3. Arbeitsvermittlung, 4. Allgemeine volkswirtschaftliche Maßnahmen, 5. Bessere finanzielle Unterstützung der Erwerbslosen und Kurzarbeiter. Ich begnüge mich damit, aus der angenommenen Vorlage die zwei ersten Absätze des ersten Abschnittes wiederzugeben, dann folgend das Kapitel Arbeitsbeschaffung und die Beschlüsse finanzieller Natur. Die einleitenden Sätze des ersten Abschnittes, die meinem Antrag entsprechend formuliert wurden, lauten wie folgt:

„Das Arbeitslosenproblem ist mit den Fragen der Wirtschaft aufs engste verbunden. Eine Besserung der wirtschaftlichen Verhältnisse trägt gleichzeitig zur Verringerung der Not der Arbeitslosen bei und reduziert deren Zahl durch zunehmende Beschäftigung.“

Erwerbslose, die keine Beschäftigung finden können, bedürfen einer finanziellen Unterstützung, die ihnen ein Existenzminimum sichert. Dabei besteht jedoch in erster Linie die zwingende Notwendigkeit, den Beschäftigungslosen Arbeit zu beschaffen.“

Damit ist anerkannt, daß das Arbeitslosenproblem nicht von den Fragen der Wirtschaft getrennt werden kann. Den zweiten Absatz, speziell in dieser Form erfolgte Hervorhebung eines Existenzminimums für Erwerbslose, versuchten die Rechtsparteien im Ausschuss wieder zu Fall zu bringen. Doch das gelang ihnen nicht.

Ein zweiter Artikel soll etwas näher auf den Inhalt des Gesetzes eingehen.

Die Moralischen

Wir lesen in der „Frankfurter Zeitung“ folgende treffende Kennzeichnung der politischen Moral jener Kreise, die sich beständig als einzige und wahre Hüter „nationaler Würde“ aufspielen:

„In der Bergisch-Märkischen Zeitung“, einem Organ westdeutscher Unternehmungskreise, das mit Vorliebe auf der nationalen MAF spielt, wird der Steuerfluß eine General-Absolution erteilt. „So unmoralisch, wie unter den früheren schönen Verhältnissen, sei heute jedenfalls die Steuerflucht nicht. Schwere wogende volkswirtschaftliche Gründe ließen sogar unter Umständen eine Kapitalflucht nicht zu vermeiden.“ Mitunter können solche Handlungen nach Ansicht der „B.M. Ztg.“ sogar als „national“ Taten angesehen werden. Und mit diesem Wort ist der Artikelsschreiber wohl auf dem Höhepunkt seiner Argumentation angelangt. Man schreibt heute so lange das Wort „national“ oder auch „völkisch“ und behauptet vom politischen Gegner, daß das Vaterland ihm fern sei, bis daß sich der „National-Völkische“ mit einer Glorie bedeckt glaubt, die erstens im Sonnenschein strahlt und zweitens die Pfeile der Angreifer abgleiten läßt — frast

jenes Wort-Fetters. Auf die unkluge Argumentation dieses „Steuermoral-Artikels“ einzugehen, der die Berechtigung zur Steuerflucht aus den angeblich unproduktiven Ausgaben des Staates (z. B. Erwerbslosenfürsorge) und den Zugriffsmöglichkeiten der Entente ableitet, verlohnt sich wahrlich nicht. Sie ist jedenfalls, daß sie den Stempel subjektiver Unehrlichkeit trägt. Es sollte nur an einem Beispiel gezeigt werden, an welchem Punkt bei gewissen Kreisen der Patriotismus zu schmelzen beginnt. In dieser feinen Nummer der „B.M. Ztg.“ wird auf einer anderen Seite vom Ermanen Germaniens und der zukünftigen Hermannschlacht geredet — die Steuerfluchtlinge, denen auf Seite 1 ihr Gewissen befreit wurde, könnten bereits Kalkulationen anstellen, was mit der „Hermannschlacht“ zu verdienen sein wird. Unser Unglück prägt sich zu deutlich in diesem Geiste aus.“

Dazu paßt es vortrefflich, wenn die „Deutsche Zeitung“ schreibt, direkte Steuern seien unmoralisch und rufen unmoralische Wirkungen hervor, weil sie zum Verprassen und Verschleßen „verleiten“. Natürlich! Unmoralisch ist das Steuerzahlen, und das sittliche Prinzip der Edelsten und Besten und ihrer schwerindustriellen Gesinnungsfreunde bleibt die Auswanderung der Volksmassen und die Erpressung von Liebesgaben aus dem Staatsfiskus.

Ministerielle Zaghastigkeit

Das „Berliner Tageblatt“ veröffentlicht die Unterredung eines ihrer Mitarbeiter mit dem Reichswirtschaftsminister Schmidt. Es wurde über die Frage der Ausführung des Ultimatus gesprochen. Der Minister schätzte die deutschen Verpflichtungen auf jährlich 3% bis 4 Milliarden Goldmark, die je nach dem Stande der Valuta 50—60 Milliarden Papiermark ausmachen. Es sei dringend notwendig, daß „jeder Stand“ aus solchen Ziffern die Kuganwendung für sich und die Folgerungen ziehe. Leider scheine das nicht in genügendem Maße der Fall zu sein. Wie sich auch das Steuerprogramm gestalten möge, an einer abermaligen steuerlichen Erlassung des Besten werde sie nicht vorübergehen können. Hierbei würden im besonderen diejenigen Sachwerte herangezogen werden müssen, die in ihrer Wertgrundlage durch die Geldentwertung weniger berührt worden seien. In welcher Weise diese Eingriffe vorgenommen werden, sei noch Gegenstand eingehender Beratung. Mit solchen Maßnahmen dürfe man sich bei diesem zweiten großen Finanzprogramm nicht begnügen.

Wir finden immer wieder, daß die Minister, wenn es sich um die Frage der Heranziehung des Besten zu den Reparationslasten handelt, von außerordentlicher Zaghastigkeit sind. Sie appellieren immer wieder an die Einsicht und an die Opferwilligkeit der kapitalistischen Kreise, während doch jetzt endlich klar sein müßte, daß ohne den härtesten Zwang aus deren Geldtaschen nicht viel herauszuholen ist. Die minderbemittelte Bevölkerung ist schon längst weit über das Maß ihrer Leistungsfähigkeit in die Steuerpflicht eingezogen worden; glaubt die Regierung, daß diese es sich auf die Dauer gefallen lassen wird, mit den schwersten Lasten belegt zu werden, während man sich der bestehenden Klasse gegenüber mit bloßen Ankündigungen und gutem Zureden begnügt?

Das Einigungsgewinsel

Daß das Proletariat nur dann den Sozialismus verwirklichen kann, wenn es in geschlossener Front gegen die es bisher beherrschenden und ausbeutenden Klassen auftritt, ist eine Binsenwahrheit, die von allen Arbeitern erkannt wird, gleichviel welcher Parteirichtung sie sich zuzählen. Die Auffassungen gehen nur darüber auseinander, unter welchen Bedingungen sich die Wiedervereinigung der Arbeiterklasse vollziehen soll. Die Unabhängige Sozialdemokratie hat deutlich erklärt, daß nur auf dem Boden des Klassenkampfes und auf der Grundlage des wissenschaftlichen Sozialismus eine Einigung des Proletariats möglich ist. Eine Einigung um jeden Preis, eine Vereinigung zweier Parteien, deren Politik von ganz verschiedenen Grundsätzen ausgeht, kann selbstverständlich nicht in Frage kommen. Solange die rechtssozialistische Par-

tei ihre reformistische, sich an die bürgerlichen Parteien anlehrende Politik nicht aufgibt, ist für das revolutionäre Proletariat, das sich in der Unabhängigen Sozialdemokratie verkörpert, eine Einigung mit ihr nicht möglich. Das haben denn auch bestimmte Kreise der rechtssozialistischen Partei erkannt, und sie drängen auf eine Wenderung dieser Politik, um so die Grundlage für die Wiedervereinigung des Proletariats in einer geschlossenen Kampfesfront zu ermöglichen. Man erinnere sich, daß der Ruf nach Einigung in der jüngsten Zeit besonders laut aus Chemnitz und aus Kassel, wo Herr Scheidemann residiert, gekommen ist.

Um so merkwürdiger klingen einige Reden, die auf dem Bezirkstag der S. P. D. in Magdeburg gehalten worden sind. Da hat zuerst der Bezirkssekretär Hähnel behauptet, das Sozialisierungsproblem sei deshalb in weite Ferne gerückt worden, weil die Rechtssozialisten in Preußen gedrungen waren, der Regierung Stegerwald Platz zu machen. Schuld an diesem Fehlschlag trage nur die Spaltungspolitik der Unabhängigen und Kommunisten. Herr Hähnel führte weiter aus:

„Mit lauten Tönen können wir als Partei nichts anfangen. Wenn wir auch für die Einheit der Arbeiterklasse sind, so wollen wir doch die alte Sozialdemokratische Partei sein und bleiben. Taktisch wäre es ein großer Vorteil, wenn das Einigungsgewinsel in unsere Reihen aufhöre. Wir hätten dadurch die Einigungskraft der Unabhängigen. Wir dürfen nicht mit künstlichen Mitteln die Einigung erstreben, eine solche Zwangsehe mit den Unabhängigen würde nur weitere Spaltungserscheinungen zur Folge haben.“

Es sei nur daran erinnert, daß die Rechtssozialisten zwei Jahre lang in der preussischen und eine etwas kürzere Frist in der Regierung des Reichs gesessen haben. Und gerade in diesen Zeiträumen ist für die Sozialisierung so gut wie nichts geschehen, im Gegenteil, den rechtssozialistischen Führern ist der größte Teil der Schuld daran beizumessen, daß die Frage der Sozialisierung immer weiter in den Hintergrund rückte. Und nun soll die Unabhängige Sozialdemokratie für das klägliche Versagen der rechtssozialistischen Partei verantwortlich sein! Man begreift, daß einem Manne mit solcher Auffassung der Drang der Arbeiterklasse nach Einigung nur als „Einigungsgewinsel“ erscheint.

Dann kam Herr Beims, wohlbestallter Oberbürgermeister von Magdeburg. Dieser führte folgendes aus:

„Den Einigungsgewinsel unter allen Umständen, um die Unabhängigen heranzuziehen, wäre verhängnisvoll. So berechtigt und erstrebenswert der Wunsch nach Einigung ist, müssen doch erst die Unabhängigen vorher auf Herz und Nieren geprüft werden.“

Wer die Vergangenheit dieses Mannes besonders während des Krieges kennt, der wird begreifen, daß ihm die Einigung des Proletariats auf dem Boden des Klassenkampfes ein Greuel sein muß. Beims ist getreuer Schildknappe des großen Otto Landsberg und wie dieser sieht er sein politisches Ideal in der nationalen Einheitsfront mit dem Bürgertum. Nicht umsonst ist Herr Landsberg für seine treudeutsche Gesinnung mit dem Geländeposten in Brüssel und Herr Beims mit dem Oberbürgermeisterposten in Magdeburg besetzt worden. Wenn es zu einer Einigung des Proletariats kommen sollte, so werden diese beiden Leute sicher nicht dabei sein!

Ein Verbot des „Deutschen Tageblatts“. Wie das „Deutsche Tageblatt“ (Herausgeber Reichstagsabgeordneter Reinhold Bülle) mitteilt, ist die Zeitung auf Beschluss der Interalliierten Kommission in Düsseldorf und Duisburg auf die Dauer von acht Tagen verboten worden.

Der Prinz von Wales auf Reisen. Reuter erfährt, daß die japanische Regierung den Prinzen von Wales offiziell eingeladen hat, im Anschluß an seine Indiensfahrt Japan einen Besuch abzustatten.

Explosionstatastrophe in Solifons. Infolge eines Grasbrandes ist ein Munitionslager westlich der Stadt, wo 450 000 Kilo Explosivstoffe lagern, teilweise in die Luft geflogen. 10 000 Granaten sind zur Explosion gekommen.

Der nächste Esperanto-Weltkongress. Der Prager Esperantokongress findet vom 31. Juli bis 6. August statt. Bisher haben sich 2300 Fremde als Kongressgäste angemeldet. 41 Nationen werden vertreten sein.

Große Berliner Kunstausstellung 1921

Von Adolf Behne.

Den Ausstellungen im Glaspalast kommt heute nicht mehr enfiert die Bedeutung zu, die sie noch in den achtziger Jahren hatten, als sie von Jahr zu Jahr ein einigermaßen unterrichtendes Material vom europäischen Kunstschaffen brachten. Damals war die Kunstausstellung in München, Berlin, Dresden das künstlerische Ereignis der Saison. Sie war Zentrum der künstlerischen Arbeit eines Jahres und wurde von allen gleichermäßen wichtig genommen.

Jetzt sind die Ausstellungen am Lehrter Bahnhof nicht viel mehr als ein zufällig zusammengegeratenes Material, das über den Stand der Kunst keineswegs noch sehr verbindliche Aussagen machen kann. Natürlich spielen zur Zeit äußere Hemmungen mit; auswärtiges oder gar ausländisches Material heranzuziehen, wird durch die großen Kosten des Transportes fast unmöglich. Von Auswärtigen können nur diejenigen die Ausstellungen noch besuchen, die sich den Transport leisten können, und das müssen nicht immer dieselben sein, die das größte künstlerische Interesse haben. Die „Freie Sezession“, die diesmal zugleich mit dem „Verein Berliner Künstler“ und der „Novembergruppe“ die Ausstellung bestreitet, versuchte den Ausweg, sich französische und russische Bilder aus dem Besitz von Händlern und Sammlern zu leihen. Auf diese Weise bekommt man schöne Werke von Kandinsky, Léger, Roussseau und Picasso zu sehen. Bei dem weiteren französischen Material hat man aber den Eindruck, als hätten die Besitzer die weniger guten Stücke ihres Bestandes für diese Ausstellung gut genug gefunden. Derain z. B. ist sehr unglücklich vertreten. Und dasselbe gilt von manchem einheimischen Künstler. Wenn man von Rohlf's nichts Besseres erhalten konnte, so wäre es besser gewesen, ihn untertreten zu lassen — und so auch Liebermann und Kolschka. Das Verzeichnis der „Freien Sezession“ enthält viele große Namen aus aller Herren Länder, aber repräsentativ ist von diesem Material nur wenig.

Unter solchen Umständen ist es schwer zu verstehen, daß man sich aus Wien Max Klinger's „Christus im Olymp“ kommen läßt. Die sehr hohen Kosten dieses Transportes sind wirklich an solcher Stelle eingeseht. Der Eindruck des Raumes, der dem Gedächtnis Klinger's gewidmet wurde, ist einfach niederschmetternd — schlimmer noch als der Raum in der „Akademie“. Und das Wiener Bild rettet ihn nicht. Man hätte die Summe wirklich nützlicher verwenden können, als für die Ehre eines Mannes, der doch zu seinen Lebzeiten Ehre und Ruhm in übertriebenstem Reichtum genießen konnte, und an dem ein Unrecht der Mittelwelt doch kaum gutzumachen war. Die hier geübte Ehre wirkt

übrigens durch das peinliche Material keineswegs plätznoll. Die „weißliche Gewandfigur in Marmor und Onyx“ ist, rund herausgelagt, ein trauriges Nachwerk, steht unter dem harmlosen Ritz des großen Plastiktales und sollte von allen denen sorgfältig vor der Öffentlichkeit verborgen werden, denen der Ruhm Klinger's heilig ist.

Wenn die Ausstellung nicht mehr als Ueberflut über das letzte zeitgenössische Schaffen gelten kann, so liegt die Ursache mehr noch als bei den erwähnten äußeren, bei inneren Momenten. Die künstlerische Arbeit, die früher die paar großen Jahresrevuen zum Mittelpunkt hatte, emanzipierte sich mehr und mehr vom Ausstellungsbetrieb. Viele unserer besten Künstler sind der Ausstellung müde und haben sich auch diesmal nicht beteiligt (andere fehlen, weil irgendeine vereinspolitische Situation sie von den ausstellenden Gruppen trennte). Die Arbeit ist ihnen nicht mehr Saison- und Revue-Angelegenheit und sie bemerken, daß die Beschäftigung der Ausstellungen auch gar nicht einmal mehr Voraussetzung der Wirkung für die konsequente und kompromißlose Arbeit ist. Wirklich wird die wichtigste künstlerische Arbeit heute abseits von den Ausstellungen geleistet — es genügt vielleicht, an die Arbeit des Weimarer Bauhauses zu erinnern (von dessen Lehrern nur Feininger und Klee hier ausgestellt haben). In der Kollektion der Rieschen Aquarelle sind ähnliche Stüde, reizvolle, erfindungsreiche und seine Miniaturen. Ihnen gegenüber fallen die Delbilder beträchtlich ab. Sie deuten auf die Grenze seiner Gestaltungsstärke hin.

Eine wichtige Neuerung ist die Architektur-Abteilung. Während früher die Architektur als eine Masse hauptsächlich von Photos die Korridore füllen durfte — kein Mensch verirrte sich außer den Fachleuten dahin — ist sie jetzt unlösbar mit dem Ganzen verbunden.

Ich glaube nicht, daß diesmal schon die Architektur-Abteilung den Besuchern sehr nachdrücklich die Bedeutung der Baukunst für die gesamte künstlerische Arbeit unserer Zeit einprägen wird. Das für ist gerade sie zu sehr vom Zufall abhängig geblieben. Das künstlerische Niveau des „Bundes deutscher Architekten“, der den größten Teil des Raumes innehat, ist zumindest hier sehr wenig imponierend. Es herrscht die Konnotation, die die „Modernen“ unter irgendeiner „interessanten“ Dekoration zu verstehen suchen. Am laudbarsten wirken in dieser Umgebung die Kleinräder von Heinrich Straumer. Die „ganz“ Modernen haben das banke Thema des Hochbaues alias Wolkenkratzer aufgegriffen. Eine glatte Unmöglichkeit ist das Rohlf'sche Projekt für ein Hochhaus auf dem Königsplatz, das allerdings groß genug wäre, alle Reichsministerien aufzunehmen, aber wie ein Modell für Tischlereiarbeit ausgebaut ist. Ueberall Torenstücken für Berliner Hochhäuser. Alle Plätze Berlins, die für diese Hausform überhaupt in Betracht kommen,

sind auf dem Papiere schon bebaut. Aber die Architekten lassen zu deutlich erkennen, daß sie von der „Größe“ der Aufgabe beunruhigt sind. Es ist also ganz gut, daß es mit dem Bauen noch so lange Zeit hat, bis die Zahl der Stodwerke dem Architekten kein Fieber mehr verursacht.

Und es ist erstens, daß bei den jungen Architekten das Wolkenkratzer-Thema fehlt. Es kommt diesen Architekten ja Gott sei Dank endlich nicht mehr auf Monumentalismus an, sondern auf die ursprüngliche architektonische Form, und diese suchen sie — und im Fortschreiten ihrer Arbeit mehr und mehr — gerade an kleinen Aufgaben, wie dem Einfamilienhaus, zu verwirklichen. Vielleicht hätten die Brüder Luchardi auf die in ihren letzten Arbeiten doch schon überwundenen Volkshausmodelle verzichten sollen. — Mit großem Mut sind einige der Gruppe an den Wettbewerb um das Dresdner Hygienemuseum herangegangen — außer den Luchardts Carl Kranl und Hans Scharsun — und wenn man die preisgekrönten Arbeiten kennt (Abbildungen in der „Bauwelt“ und in Maschiusi's Monatsheften für Baukunst) muß man feststellen, daß diese jungen Arbeiten, die alle samt und sonders durchgefallen sind, den preisgekrönten überlegen sind — und dieses Urteil basiert nicht etwa auf einer Ueberhöhung der modernen Formenprache — ich finde, sie ist der schwächere Teil aller Arbeiten — sondern gerade auf den sachlichen Werten ihrer Grundrißbildung, namentlich bei Hans Luchardi.

Der Börsig-Raum ist sehr interessant. Er zeigt Börsig's Vielseitigkeit, die viele „genial“ nennen, seine eminente Fähigkeit, sich anzupassen, aber auch seine innere Haltlosigkeit. Börsig ist in allen Sättelgerichten und ein blendender Dekorateur, aber Architekt nur in einigen früheren Arbeiten (Fabrik Lubahn, Wasserturn Posen, Werbermühle) und dem äußeren Umbau des Zirkus Schumann zum „Großen Schauspielhaus“. Das sind Leistungen hohen Ranges, die es uns doppelt schmerzhaft empfinden lassen, daß Börsig allzuoft dem Neuherrlichen, Materischen, Wirkungs-vollen nachgibt. Im Modell des Salzburger Festspielhauses ist die Anpassung an das Terrain ausgezeichnet — aber die Anpassung an die indische Tagesmode recht bedenklich. Seit dem Projekt für das Haus der Freundschaft in Konstantinopel neigt Börsig zu mechanischen Abwägung und Teilung eines Formgedankens — eine Art, die in keinen barocken Porzellanfandeln ihre Schwäche deutlich enthüllt.

Für denjenigen, der in den Kunstformen nicht das Kritische anerkennt (Geschmack, Tradition, Nützlichkeit, Schönheit), sondern den direkten und notwendigen Ausdruck von allen Spannungen, die wir erleben müssen, eine vom Menschenwillen fast unabhängige Graphologie der Zeit, bedeutet es keine Ungerechtigkeit, wenn ich sage, daß die wenigen Bilder und Plastiken der Ausstellung die Dokumente unserer Zeit sind, in den Räumen der „Freien Sezession“ und der „Novembergruppe“ zu finden sind.

Die Einladung der Labour Party

Wie wir schon mitgeteilt haben, hat die Englische Arbeiterpartei (Labour Party) an sämtliche Arbeiter und sozialistischen Parteien folgendes Schreiben gerichtet:

London, 28. Juni 1921

Der jährliche Parteitag der Labour Party hat eben in Brighton getagt. Ich beileie mich, Ihrer Partei die Resolution mitzuteilen, die von den tausend Delegierten, die 4500 000 Mitglieder vertreten, einstimmig angenommen wurde. Diese Resolution lautet, wie folgt:

Im Hinblick auf die gegenwärtige Lage der Arbeiterbewegung in ganz Europa und den Wechsel im Sekretariat der Internationale fordert der Parteitag den Parteivorstand auf, für die Sicherung und Stärkung der Zweiten Internationale und die Aufrechterhaltung ihrer demokratischen Grundzüge im Gegensatz zur Diktatur zu sorgen. In alle sozialistischen Organisationen in der Welt sind Einladungen zu versenden zu einer Konferenz, auf der eine umfassende Internationale geschaffen werden kann. Der Parteitag wünscht schließlich eine Fühlungnahme zwischen der Zentrale der Wiener Internationalen Arbeitgemeinschaft und dem Exekutivkomitee der Zweiten Internationale, um einen Zusammenschluß vorzubereiten und künftigen entgegenzuarbeiten.

Sie werden bemerken, daß man meinen Parteivorstand aufgefordert hat, eine Konferenz einzuberufen, auf der eine umfassende Internationale geschaffen werden kann.

Es würde mich freuen, wenn Sie Ihrem Parteivorstand diese Resolution so bald wie möglich vorlegen und mir mitteilen wollten, ob Ihre Partei bereit wäre, vorzuziehen zu sein, falls wir eine solche Konferenz für Anfang Oktober nach London berufen würden.

Zu gleicher Zeit habe ich der Zentrale der Wiener Arbeitgemeinschaft den Text der Resolution mitgeteilt und habe sie eingeladen, eine Delegation zu ernennen, die sich mit der Britisch Labour Party beraten soll, um den Beschluß des Parteitages in Brighton zu verwirklichen.

Das Exekutivkomitee der Internationalen Arbeitgemeinschaft hat nach eingehender Beratung beschlossen, folgendes

Antwortschreiben an die Labour Party

zu senden:

An das Sekretariat der Labour Party,

London.

Werte Genossen!

Mit einem Schreiben vom 28. Juni 1921 übermitteln Sie uns die vom Parteitag der Labour Party in Brighton beschlossene Resolution.

Von der gegenwärtigen Lage der europäischen Arbeiterbewegung und dem Wechsel im Sekretariat der Zweiten Internationale ausgehend, fordert die Resolution die Sicherung und Stärkung der Zweiten Internationale und die Aufrechterhaltung der demokratischen Grundzüge der Zweiten Internationale im Gegensatz zur Diktatur.

Um diese Zwecke zu erreichen, werden Sie beauftragt, Einladungen zu einer Konferenz zu versenden, die eine umfassende Internationale schaffen soll. Sie wenden sich auf diesem Grunde außer an die einzelnen sozialistischen Parteien auch an das Sekretariat der I. A. S. P. in Wien zwecks Fühlungnahme, um einen Zusammenschluß vorzubereiten und künftigen Spaltungen entgegenzuarbeiten.

Was zunächst Ihre Einladung an die sozialistischen Parteien, soweit sie unserer I. A. S. P. angeschlossen sind, betrifft, so machen wir Sie auf folgenden Beschluß unserer Wiener Konferenz aufmerksam:

§ 6. Die Beschlüsse der Arbeitgemeinschaft sind für alle ihre Mitglieder verbindlich, insbesondere verpflichten sich die der Arbeitgemeinschaft angeschlossenen Parteien, einzeln feinerer Anknüpfungsbearbeitungen mit anderen internationalen Organisationen zu führen und im übrigen ihre internationale Politik gemeinschaftlich zu bestimmen.

Schon auf Grund dieser organisatorischen Bestimmung können Sie von den unserer Arbeitgemeinschaft angeschlossenen Parteien keine zustimmende Antwort auf Ihren Vorschlag erhalten. In deren Namen kann nur unsere I. A. S. P. als solche beratende Verhandlungen internationaler Natur führen.

Auf der rechten Seite des Hauses („Berein Berliner Künstler“) ist eine Kunst verammelt, die Kunst zur Voraussetzung hat. Nur wenige erwecken Interesse durch ihre relative Freiheit vom allgemeinen Kunstschema (das natürlich, in neuerer Form, auch auf der linken eine Gefahr bedeutet, sobald die Bewegung ins Stocken gerät). Otto Heinrich, Kurt Pallmann, Harimann-Drewitz und Dieffenbacher fallen in der Unmenge brav gemalter Leinwände durch ihre Frische auf, während Bille und Rath vielleicht nur ein laibliches Schema übernehmen möchten.

Sehr reizvoll ist auf der rechten der Saal der „Szenenbilder und Theaterfiguren (sehr reizlos dagegen der Saal der „Staatlichen Porzellanmanufaktur“, der das Stagnieren dieses Betriebes deutlich bemerkt): Cásar Reins Entwürfe für das „Reisingtheater“, Hans Ströbachs für die „Vollsbühne“ und die von Kravatinos für den Staatstheater — dazu viel Dekorationen und Figuren für den Film. Neben wie in der Akademie ist nun auch hier Heinrich Jille mit 3 Entwürfen für Kalligraph „100 000 Taler“ (Schillertheater) der beste von allen. Die Umgebung wirkt dünn, „geschmackvoll“ und ästhetisch neben keinen Entwürfen — ein Praktikum der „Salon“ — die mit einer erstaunlichen Einfachheit und Eindringlichkeit da sind. Jille ist Beweis dafür, daß Kunst weder „Naturalismus“, noch „Stil“ ist.

Suchen wir auf der linken Seite, was mehr ist als „Stil“. Eine Arbeit von festener Präzision ist Archipenko's „Vortragskopf aus Holz, Metall und Glas“, der den meisten Besuchern wohl das rätselhafteste Werk der Ausstellung sein dürfte. Otto Freundlich's „Kopf“ ist das vollkommenste Gegenstück: mächtig, trotz von urtümlicher Einfachheit... Eigenschaften, die auch sein Bild „Kosmische Landschaft“ und keine Zeichnungen besitzen. Bellings „Weste Freiheit“, ein Werk von inselstarrer, energiegelicher, knochiger Bewegtheit, ist seine beste Arbeit, und ähnlich war Oswald Herzog noch selten so glücklich, wie in seinem neuen Werk „Alage“, in dem er sich zum ersten Male vom dem Illustrierend-Symbolhaften, dem Literarischen, freigemacht hat. Richard Scheibels „Spielende Kägen“ und Karl Herrmanns „Bewegung“ müssen erwähnt werden.

Raoul Hausmann, der übrigens einen wirklich ausgezeichneten Führer durch die Ausstellung der Novembergruppe“ geschrieben hat (der am Eingang für I. M. Kallisch ist), zeigt ein leidenschaftlich bewegtes Bild „Kopf in exzentrischer Bewegung“, das, wie sonst nur noch die 3 Bilder von Johannes Molahn, eine dunkle Tür zu einer unbekannten Welt öffnet. Bei Hausmann geschieht das mit einem wilden Ruck, bei Molahn mit einer fast noch tiefer erschütternden traumhaften Stille und Verhaltenheit. Bei den meisten anderen ist das Komische doch mehr ein Name für Dekoratives, wovon freilich Holzmann, Reizer und eines der Bilder von

In der Sache selbst gestatten wir uns zunächst darauf auszumachen, daß der Zweck der möglichst einheitlichen Zusammenschließung der proletarischen Kräfte weder die „Sicherung und Stärkung der Zweiten Internationale“ noch die „Aufrechterhaltung ihrer demokratischen Grundzüge im Gegensatz zur Diktatur“ sein kann.

Als einzigen und ausschließlichen Zweck der Schaffung einer umfassenden Internationale können wir nur aussprechen, die Steigerung der Kampffähigkeit und Schlagkraft des internationalen Proletariats gegen die internationale Bourgeoisie, bis zur schließlichen Ueberwindung der kapitalistischen Klassen Herrschaft in allen Ländern. In diesem Kampf handelt es sich, auch nicht darum, die demokratischen Grundzüge in abstrakter, und fasslicher Weise dem Prinzip der Diktatur gegenüberzustellen, weil die Kampfmittel des Proletariats sich anpassen müssen an die gegebenen Kampfbedingungen in einem jeden Lande, diese Bedingungen aber von Land zu Land verschieden sind. Diesen Gedanken hat die Wiener Konferenz sehr klar hervorgehoben, in den nachfolgenden Sätzen unseres Beschlusses betreffend „Methoden und Organisation des Klassenkampfes“:

Die endgültige Befreiung des Proletariats kann nicht innerhalb der nationalen Schranken erlöst werden; sie kann nur das Ergebnis internationaler Aktion sein. Diese internationale Aktion zu organisieren, ist die eigentliche Aufgabe der proletarischen Internationale.

Um diese Aufgabe erfüllen zu können, muß die proletarische Internationale den Verschiedenheiten der objektiven Kampfbedingungen in den einzelnen Ländern Rücksicht tragen. Sie darf die Freiheit der einzelnen sozialistischen Parteien, ihre Aktion den besonderen Bedingungen ihres Landes anzupassen, nicht beengen. Sie darf das Proletariat weder auf die Anwendung der demokratischen Methoden beschränken, wie dies heute die sogenannte Zweite Internationale tut, noch ihr die schablonenhafte Nachahmung der Methoden der russischen Bauern- und Arbeiterrevolution vorschreiben, wie dies die kommunistische Internationale will. Aber unbeschadet der Verschiedenheit der in den beider Resolutionen vorkommenden, wie dies die kommunistische Internationale alle Kräfte des internationalen Proletariats zu einheitlicher Aktion gegen den internationalen Kapitalismus vereinigen.

Im Verfolg dieses hier zitierten Gedankenganges legen wir Wert auf die Erklärung, daß wir mit dem Ziel der Schaffung einer allumfassenden proletarischen Internationale durchaus einverstanden sind. Die Wiener Konferenz hat diesem Willen in einer besonderen Resolution Ausdruck gegeben. Sie hat aber gleichzeitig die Voraussetzung umschrieben, die für die Schaffung einer allumfassenden Internationale maßgebend sind. Diese Internationale kann nur das Resultat einer unabhängigen Klassenkampf des Proletariats eines jeden Landes errungenen guntigen Klarheit sein, die den Willen zur proletarischen Einheit auf die Grundlage der gemeinsamen prinzipiellen Anschauungen stellt.

Diese Gemeinschaft der Grundanschauungen ist heute selber noch nicht verwirklicht, und als Zeichen dafür dürfen wir den Gegensatz auffassen, der heute zwischen den Grundzügen der Zweiten Internationale und der unserer I. A. S. P. angeschlossenen Parteien besteht und der sich, um es mit einem Worte zu sagen, auf den Gegensatz zwischen der reformistischen und der revolutionären Auffassung des Klassenkampfes zurückzuführen ist.

Solange dieser Gegensatz weiterbesteht und gewisse der Zweiten Internationale angeschlossene Parteien sich nicht in höherem Maße zur Einsicht über die Bedingungen und Möglichkeiten der proletarischen Revolution durchgerungen haben, fehlt die Basis der internationalen proletarischen Einigung, denn ein Zusammenschluß ohne gemeinschaftliche Grundanschauungen wäre nur eine formelle Einigung ohne innere Geschlossenheit, ohne Kraft und Aktionsfähigkeit. Aus diesem Grunde betrachten wir den Zeitpunkt für die Einberufung einer Konferenz auf breiter Grundlage jetzt noch nicht für gekommen.

Dagegen halten wir unverbindliche Zusammenkünfte zu rein informativen Zwecken für durchaus notwendig, wenn eine allumfassende Internationale schließlich zustande kommen soll. Unser Bureau ist daher im Sinne der Beschlüsse der Wiener Konferenz stets gewillt, Einladungen zu informativen Besprechungen, mögen sie nun ausgehen von Parteien der sogenannten Zweiten Internationale oder der sogenannten Dritten Internationale oder von Parteien, die keinem dieser Parteienverbande angehören, zu entsprechen.

Zierath auszunehmen sind... Auch Ewalds „Interieur“ hat einen sachlichen Wert. „Ein Tag“ von Arthur Segal ist in seiner parietlosen reifen Anschauung wertvoll. Hanna Hohs Italien-Quadrat von einer seltenen, klugen Anmut. Die schlecht gehängten Stilleben von Erwin Hah sind erstreblicher als die vielen gut und reich platzierten Mode-Stilleben in der „Freien Sezession“. Die blassen Bilder aber von Scholz („Zubehorerbauern“) und Dito Dix („Alma“ und „Salon“) sind gut applizierte Oberflächen für den Kultur-Spiegel, der hier im Bereich der „hohen und heiligen Kunst“ — säuerlich empörend und abstohend findet, was er als Lebewesen ungeniert bejaht.

Die Sommerdekoration der „Kammerspiele“ hat literarischen Charakter. Sie will ihr Publikum nicht nur mit leichter Unterhaltungskosten abführen. Sie hat ein ernstes Stück gewählt. Das ist nett. Aber das ernstere Stück ist leider nicht gut. Und das ist schade.

Der Herr, der die Maulschellen kriegt, ein Spiel in vier Aufzügen von Leonid Andrejew, variiert das Thema des Bajazzo, des Clowns, der lacht und lachen macht, obwohl ihm verdammte ernst zu Mute ist. Andrejew kompliziert das Thema: Sein Bajazzo ist ein Bornehmer, ein Dachter, der vom Freund und vor der Welt um seine Frau und keinen Ruhm betrogen, Vitterkeit im Herzen, die namenlose Rache eines Clowns verbindet. Was weiter? Er liebt die prinzipielle, reichlich uneheliche Kunstretterin und vergiftet da er sie weder erobert noch sonst irgendwie vor einer von ihrem superflussigen Vater eingehabelten unehelichen Ehe retten kann — na, kurz und gut: er vergiftet sie und sich.

Als eine ganz einfache, sentimentale, rührende Geschichte. Sie würde ihre Wirkung tun, wenn Andrejew sie einfach, sentimental und rührend darsullte, ich wollte sagen verdramatisiert hätte. Aber er verucht sie zum Symbol, zu tieferer Philosophie zu steigern. Das Resultat ist natürlich durchaus keine Steigerung, sondern eine Verflachung. Eine an und für sich schon nicht sehr volle Sache wird immer leerer und hohler, je mehr man sie „steigert“, vergrößert, aufblahst.

Von der Aufführung wäre dasselbe zu sagen. Statt alles ganz leicht und harmlos zu geben (die Tragik hinter den Worten, der Leidenschaftlichkeit), unterwirft die Regie (Zwan Schmitz) alles dreifach und verflacht jedes etwas bedeutungsvollere Wort gleich mit ledigen Ausrufungszeichen. Kappfer (nicht unsympathisch) und die anderen Schauspieler unterstuhlen dies Bestreben der Regie aufs trefflichste und nur die sehr hubliche Margarethe Schlegel traf manchmal den richtigen, leichteren, harmlosen und eben dadurch ergreifenderen Ton. — Das Beste des Abends kämen mir die Zirkusmusik von Klaus Pringsheim zu sein. Ganz unaufdringlich. Und doch gingen die lebendigsten Wirkungen von ihr aus, wurden zum mindesten mit ihrer Hilfe lebendig. Auch die Bildhauer von John Fearfield seien nicht vergessen. Ein klein wenig kunstgerewilich. Aber nicht schlecht. H. S.

Was Ihre Einladung zu einer Besprechung der Exekutive der Labour Party mit dem Bureau unserer I. A. S. P. betrifft, so entsprechen wir ihr sehr gerne, würden aber wünschen, um alle Mißverständnisse auf internationalem Gebiete zu vermeiden, daß diese Besprechung vollstandig unabhängig von dem von Ihnen angeregten Konferenzplan in die Wege geleitet wird.

Die preussischen Vertreter zum Reichsrat

Die Ergebnisse der Wahlen der Provinzialvertreter zum Reichsrat liegen jetzt vor mit Ausnahme von Oberhessen, wo die Wahl erst im Herbst, und der Rheinprovinz, wo die Wahl am 14. Juli stattfindet. Es haben gewählt:

Stadt Berlin: Bürgermeister Adolf Ritter. Stellvertreter: Stadtrat Otto Frank. Brandenburg: Landrat a. D. von Bredow. Stellvertreter: Oberbürgermeister Dreifler. Cottbus: Hannover: Landratsrat von der Wense. Stellvertreter: Oberbürgermeister Dr. Rihmuller-Danabrid. Hesse-Nassau: Staatsminister a. D. von Trott zu Solz. Stellvertreter: Generaldirektor Dr. Gaueker. Niederhessen: Oberpräsident a. D. Dr. von Günther. Stellvertreter: Oberpräsident Zimmer. Preußen: Regierungsassessor a. D. Jahr von Gahl. Stellvertreter: Handelsratssekretar a. D. Kris Simon. Grenzmark Posen-Schlesien: Oberlandesdirektor Seher. Stellvertreter: Rechtsanwalt Dr. Kauter. Pommern: Fideikommibesitzer Graf Behr. Stellvertreter: Rittergutsbesitzer v. Flemming. Sachsen: Oberpräsident Höring. Stellvertreter: Oberbürgermeister Dr. River-Halle. Schleswig-Holstein: Dr. Schill, erer. Stellvertreter: Hofbesitzer Lonies. Westfalen: Buchdruckerbesitzer Penning. Stellvertreter: Bergassessor Brandt.

Die Reichszentrale für Heimatdienst

Durch W. T. B. wird folgende halbamtliche Erklärung verbreitet:

„In der Sitzung des Reichstages vom 4. Juli 1921 hat der Abgeordnete Dr. Cremer (D. Sp.) die Behauptung aufgestellt, daß von 35 000 Mitgliedern der Reichszentrale für Heimatdienst allein 27 000 zum sozialdemokratischen Partei gehören. Demgegenüber wird festgestellt, daß mit der Bezeichnung Mitglieder nur die ehrenamtlich im Heimatdienst arbeitenden Vertrauensleute gemeint sein können. Es gefahren von einer Gesamtzahl von 30 892 ehrenamtlichen Vertrauensleuten 20 221 den bürgerlichen, 10 671 den sozialdemokratischen Parteien an.“

Sozialdemokratische Parteien dürfte falsch sein, denn von unserer Partei hat man bisher nur ein Mitglied nachgewiesen, das ebenfalls bald nicht mehr als solches existieren dürfte. Aber hier ist nur von den ehrenamtlich tätigen Vertrauensleuten die Rede. Dürfen wir neugierig sein und fragen, wie es mit besoldeten sieht?

Ku'urfeindliche Verkehrspolitik

Anverlandlicher Beisatz der Eisenbahntariffkommission.

Wir erhalten folgende Zuschrift: Die von der Stadt Berlin und sämtlichen großen Berufsverbänden getragene Volkshochschule Groß-Berlin veranstaltet regelmäßig kleine und groere Exkursionen zu naturwissenschaftlichen und anderen Lehrzwecken. Diese Exkursionen beruhen auf dem durchaus richtigen Gedanken, daß eine wirklich fruchtbarere Volkshochschulbildung unmöglich auf das Rathaus und den Hortaal allein beschränkt bleiben kann, sondern auch die Bildungsmöglichkeiten erschließen muß, die in der unmittelbaren Betrachtung und Erforschung der Natur und des lebenden Objekts liegen. Die Horterschule der Volkshochschule Groß-Berlin setzt sich zu 80 Prozent aus Arbeitern und Angestellten, also aus Kreisen zusammen, für die die heutigen Fahrpreise, wenn überhaupt, nur unter unverhältnismäßig schweren Opfern erlanglich sind. Während es nun bisher immer möglich war, für die an den Exkursionen teilnehmenden Hörer die übliche Fahrpreismoglichkeit zu erlangen, wird diese allerdings von der Eisenbahndirektion verweigert, und zwar mit der Begründung, daß solche Ermoglichkeiten nur für Schüler und Studenten, nicht aber für Hörer von Volkshochschulen, die doch schon im Erwerbsebenen ständen, in Betracht kämen. Seien sie ihnen in früheren Fällen trotzdem gewährt worden, so wäre dies lediglich auf einen Irrtum der abfertigen Beamten zurückzuführen.

Tatsächlich ist die im offiziellen Tarif (Teil I) vorgezeichnete Fahrpreismoglichkeit für Hörer zu wissenschaftlichen und belehrenden Zwecken nur für die dort angefuhrten Anstalten bestimmt, unter denen sich beiderseitig die Volkshochschulen nicht befinden. Noch bestemmlicher wirkt es, daß die zuständigen Stellen, trotz aller Vorstellungen der betroffenen Kreise, sich weigern, von diesem engstehenden und unsozialen Standpunkt abzugeben. Wir wie nämlich erfahren, lag erst kürzlich der Ständige Tariffkommission der deutschen Eisenbahnen ein formulierter Antrag auf Ausdehnung der Fahrpreismoglichkeit auf Volkshochschulen vor, wurde aber einstimmig abgelehnt. Es ist uns nicht bekannt, ob die Kommission es für notwendig befunden hat, entsprechende Informationen einzuziehen, ehe sie ihren Spruch ergahen ließ. Die Wahrscheinlichkeit spricht dagegen, denn sowohl die Volkshochschulstelle im Kultusministerium, wie auch die Beauftragte für Volkshochschulen, die an der Universität besteht, hätte sie zweifellos darber belehrt, daß Angelegenheiten dieser Art nicht nur nach bureaukratisch-historischen, sondern vor allem nach kulturellen Gesichtspunkten zu beurteilen sind.

Wenn der Eisenbahndienst im übrigen den Hörern der Volkshochschule aus der Tasche, daß sie bereits im Erwerbsebenen stehen, einen Strich zieht, so ist dazu zu bemerken, daß es unter diesen Hörern nicht wenige gibt, die notgedrungenemae nicht erwerbstätig sind. Das Gespenst der Arbeitslosigkeit macht nämlich vor den Hörern der Volkshochschule nicht halt. Andererseits gibt es sehr viele Studenten, die einen Erwerb ausüben, ja, wenn man von der immer dünner werdenden Oberstand abzieht, die ein reichlicher Monatslohn aller Erntestunden einbringt und der wahrscheinlich deshalb die Weisheit der Tariffkommission den vollen Anbruch auf Fahrpreismoglichkeit bedenkenlos konzediert, kann man sagen, daß das Gros der Studentenschaft erwerbstätig ist, sei es als Stundenlohn-Verdiener, Dolmetscher oder dergleichen, und keineswegs nur im Nebenamt. Vielleicht hochachtig die Tariffkommission, dieser Kategorie von Studenten die Fahrpreismoglichkeit zu erteilen. Wenn sie aber, was wir immerhin annehmen wollten, diese Wahnt nicht haben sollte, was mit bekräftigt sie die Durchführung derselben Wahnt gegenüber den Volkshochschulern?

Die Volkshochschule Groß-Berlin muß wohl oder übel auf die Veranlassung von Exkursionen verzichten, solange die Tariffkommission auf ihrem Standpunkt beharrt. Rein wirtschaftlich betrachtet, heißt das: Die Kommission macht es 20 oder 30 Personen unmöglich, einen ohnehin verlebenden Zug zu ermöglichen Fahrpreis zu benutzen, folglich bleiben sie zu Hause. Die Unkosten sind in jedem Fall dieselben, aber die Einnahme ist kleiner, wenn überhaupt nicht gefahrend wird, wie wenn billig gefahrend wird. Zu der kulturellen Schädigung des Volkshochschulwesens gefest somit der Eisenbahndienst auch eines kleiner Organe eine wirtschaftliche Schädigung seiner selbst.

Auch von diesem Gesichtspunkt aus ist das Verhalten der Tariffkommission, von einer Wahnt in einer kulturellen Beiratlichkeit und, dringend revisionsbedürftig.

Dr. A. Dippmann gestorben. Der französische Wahnter Prof. D. Lippmann, Mitglied des Instituts und Nobelpreisträger, der der Mission des Marschalls Faidherbe, die eine Reise durch Kanada und Amerika unternommen hat, angehörte, ist auf der Ueberfahrt gestorben.

Der Oberpräsident hat Zeit

Ein Bild von dem „Selbstverwaltungsrecht“ Berlins.

Die Einheitsgemeinde Berlin muß sich bei ihrem außerordentlichen Bedarf an Mitteln vielerlei Plänen zuwenden, die geeignet sind, die Einnahmen der Stadt zu erhöhen. Ein solcher Plan ist die Vermietung von nichtbauten Flächen zu Kellern...

Potsdamer „Landfriedensbruch“!

Der Jugendbund des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ in Dahme feierte am 19. September vorigen Jahres sein erstes Stiftungsfest. Der Bund zog mit schwarz-weiß-roten Fahnen durch die Straßen...

Die Anrechnung der Steuermarken

Das Landesfinanzamt teilt mit: Ueber die Frage der Anrechnung der Steuermarken auf die Einkommensteuer der Rechnungsjahre 1920 und 1921 bestimmt die Verordnung vom 7. Juli 1921 in Ziffer 2 folgendes:

„Steuermarken, die für einen nach dem 31. März 1921 bezogenen Arbeitslohn in den Steuerarten eingekauft und entwertet sind, sind auf die für das Rechnungsjahr 1920 geschuldete endgültige und auf die für das Rechnungsjahr 1921 geschuldete vorläufige Einkommensteuer nicht mehr anzurechnen.“

Zur Regelung der entstehenden Grenzfälle hat sich der Reichsfinanzminister ferner einverstanden erklärt, daß, soweit die Lohnzahlung nach Tagen oder Wochen erfolgt, Steuermarken die bis zum 10. April 1921 entwertet sind, und Steuerbeiträge, die bis zum 10. April 1921 unmittelbar an die Finanzkasse überwiesen sind, als Steuerzahlungen für einen bis zum 31. März 1921 bezogenen Arbeitslohn gelten.

Die Wohlfahrtspflege im 17. Verwaltungsbezirk. Durch die Bezirksverordnetenversammlung ist vor einiger Zeit die neue Wohlfahrtsordnung für den Verwaltungsbezirk 17 endgültig angenommen worden.

Heiten der Leibesübungen und die Verwaltung der Jugendheime einbezogen worden. Dem Gesundheitsamt ist neben seinem bisherigen Wirkungsbereich noch die Verwaltung des Städtischen Krankenhauses übertragen worden.

Der Bau der Nord-Südbahn. Die Unterföhrung der Landwehrkanals durch die Nord-Südbahn ist jetzt fertig gestellt. Die mit der Unterföhrung der Spree an der Inselbrücke und an der Tannowstraße gemachten Erfahrungen haben bei dieser neuen Kreuzung einer Untergrundbahn mit einem Wasserlaufe zu einer völlig neuartigen Bauweise geföhrt.

Zu dem Raubmord bei Königsmusterhausen wird mitgeteilt, daß die Leiche der ermordeten Frau Kroll gefunden wurde. Kriminalkommissar Geißel war in Begleitung des Staatsanwaltes Telerich vom Landgericht II mit dem Arbeiter Freimund an den Tatort geföhren, um dort nach der Leiche zu suchen.

Gewerkschaftliches

Höhere Löhne - Ueberzeit - Staatsdünkel

Vom Verband der land- und forstwirtschaftlichen Angestellten wird uns geschrieben:

Ein geradezu klassisches Beispiel für die Unrichtigkeit der Behauptung, daß die hohen Preise von den hohen Löhnen herrühren, bieten die Arbeits- und Bezahlungsverhältnisse bei den in der Land- und Forstwirtschaft und deren Nebenbetrieben tätigen Angestellten.

Diese ungläublichen Zustände, deren Darstellung durchaus keinen Anspruch auf Vollständigkeit macht, können natürlich nur in einem Beruf entstehen, dessen Angehörige auf der einen Seite vom Arbeitgeber in einem wahrhaft patriarchalischen Abhängigkeitsverhältnis gehalten werden, und auf der anderen Seite ein Teil sich immer noch nicht vom Standesdünkel freimachen kann.

Der Groß-Berliner Blumengeschäftstarif

Der vom Verband der Gärtnereiarbeiter, Berlin S. 42, Lufenufer 1, mit dem Verein der Blumengeschäftsinhaber Groß-Berlin am 24. Mai 1921 abgeschlossene Tarifvertrag ist zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Binder und Binderinnen in den Blumengeschäften für das Gebiet der Einheitsgemeinde Berlin gemäß § 2 der Verordnung vom 23. Dezember 1918 für allgemein verbindlich erklärt worden.

Es haben somit alle in den Blumengeschäften Groß-Berlins beschäftigten gewerblichen Arbeitnehmer ein klagbares Recht auf die im Tarifvertrag festgelegten Lohnsätze. Urlaub ist unter Fortzahlung des Lohnes zu gewähren.

Die Sonntagsarbeit soll unter Zugrundelegung einer wöchentlichen Arbeitszeit von 48 Stunden nur alle 2 Wochen und nur für je 2 Stunden geföhrt und geleistet werden. Für diesen Fall ist sie mit einem Aufschlag von 25 Prozent zu bezahlen.

Bestehende bessere Lohn- und Arbeitsbedingungen bleiben bestehen. In allen anderen Fragen gelten die Bestimmungen des Reichstarifes. Die Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Berliner-Branche sind der heutigen Zeit entsprechend, noch sehr schlecht, und empfehlen wir allen Kollegen und Kollegeninnen dringend darauf zu bestehen, daß die Tarifsätze überall bejaht werden.

Ein Erholungsheim für Metallarbeiter in Württemberg

Mit dem 1. Juli 1921 hat die Verwaltung des Stuttgarter Metallarbeiterheims ihr neu geschaffenes Erholungsheim auf ihrem circa 60 Morgen großen Landgut eröffnet.

Ein kleiner See von ein paar Morgen Größe, umgeben von großen Obst- und Gemüsekulturen, ein eigenes kleines Wäldchen bilden mit den zweckmäßig gebauten, im Schwarzwaldstil gehaltenen Wohn- und Wirtschaftsgebäuden das Heim.

Ein idyllisch gelegener, absolut ruhiger Erdenwinkel, zur Erholung der Nerven geeignet wie selten einer und der trotzdem nicht weit abgelegen ist von belebten Stätten.

Nach Calw, Teinach, Liebenzell, Hirsau, in das romanische Ronhach- und Schweinbachtal herrliche Tagesausflüge. Nach Stuttgart über Solitude, Botnang oder Glemsed durch prachtvollen Wald 2 1/2 Stunden.

Für gute Unterkunft und Verpflegung wird die Verwaltung auf das gemessenhafteste besorgt sein. Es stehen circa 10 bis 12 Zimmer mit zusammen 20 Betten zur Verfügung.

Der volle Pensionspreis beträgt pro Person und Tag 25 M. Besucher, die sich als Mitglieder des Deutschen Metallarbeiter-Verbandes ausweisen, erhalten bei Begehung ihrer Rechnung — für sich und ihre Familienangehörigen — auf die Pensionspreise einen Nachlaß von 20 Prozent.

Ausdrücklich gestatten wir uns jedoch, darauf aufmerksam zu machen, daß Kollegen, welche die Absicht haben, in unserem Erholungsheim ihre Ferien ganz oder teilweise zu verbringen, vorher anfragen müssen, ob sie zu dem von ihnen gewünschten Zeitpunkt unterkommen können.

Alle Anfragen richten man nur an die Verwaltung des Stuttgarter Metallarbeiterheims, Herren Jakob Haug, Stuttgart, Kanälestraße 33, Telefon 7300.

Parieveranstaltungen

Freitag, 15. Juli

- 1. Bezirk (Mitte). Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Zeitungskommission und Fest bei Schweinfurt, Alte Jakobstraße 24.
2. Bezirk (Westen). Die Ferienkinder treffen sich morgens 10 Uhr im Hohndahner Hof, Eberhardstraße 1/2.
3. Bezirk (Südosten). Abends 7 1/2 Uhr Sitzung der Zeitungskommission und Fest bei Schweinfurt, Alte Jakobstraße 24.

Bereinskalender

Freitag, 15. Juli

Jeitnerverband der Angestellten, Buchhändler. Öffentliche Versammlung abends 8 Uhr im Verbandslokal, Belle-Alliance-Straße 7-10.
Jeitnerverband der Angestellten, Damenvereine, Herrmannstraße, Schürsen, Unterriede. Mitgliederversammlung abends 8 1/2 Uhr in der Heroldslands Hofkammer, Neue Friedrichstraße 33.

Stoffe für Herren-Anzüge, Hüter, Paletots, Damen-Kostüme, Meter 50.-, 100.-, 150.-, 200.-, Mark. Nur langjährige Verbindungen mit altem Namen...

Brozesse, Rat, Verstand, mäß. Preise, Teilzahlung. Alexanderstr. 45, Geseßlich, (geg. Tisch) 8/7, 8/8, 8/9, 8/10, 8/11, 8/12, 8/13, 8/14, 8/15, 8/16, 8/17, 8/18, 8/19, 8/20, 8/21, 8/22, 8/23, 8/24, 8/25, 8/26, 8/27, 8/28, 8/29, 8/30, 8/31.

Zwei Jahre MORD. Mitternächtlige Untersuchungen über die politischen Morde der letzten zwei Jahre und ihre Sühne. Zusammengefaßt von G. J. Schumler. Mit einem Vorwort von Professor Dr. H. Nicolai. Preis 2 Mk. 60 Postfrakt!

Buchhandlung „Freiheit“ Berlin C 2 II Breite Straße 8-9. Postscheckkonto Berlin Nr. 51263

Arbeiter! für Euer Kinder kauft ihr stets gut und billig: Rindbor-Schnürstiefel 68.-, Rindl.-Sandalen 38.-, nur in Kaatz-Schuh-Engros-Lager Köln-Laden, Münzstr. 101. Kein Laden.

Spedition Wernke, Greifswalder Str. 29 sucht Botenfrauen für Thorner u. Deutschkroner Straße Spedition Krüger, Neukölln, Emser Straße 32 sucht Botenfrauen für Kneisebeckstr. und Hermannstr. Meldungen vormittags 10-12 Uhr, nachmittags 3-6 Uhr

Kleine Anzeigen. Annahme in den Expeditionen des Verlages. Das Heberdruftswort 2.- Mk., jedes weitere Wort im Text 1.50 Mk. netto. Stenographie: Heberdruftswort 1.50 Mk., jedes weitere Wort im Text 1.- Mk.